

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Andreas Dressel, Dirk Kienscherf, Martina Koeppen,
Ole Thorben Buschhüter, Matthias Czech, Henriette von Enckevort,
Gerd Kekstadt, Anne Krischok, Uwe Lohmann, Dorothee Martin,
Dr. Christel Oldenburg, Lars Pochnicht, Frank Schmitt,
Michael Weinreich (SPD) und Fraktion**

und

**der Abgeordneten Olaf Duge, Dr. Stefanie von Berg, Martin Bill,
René Gögge, Farid Müller (GRÜNE) und Fraktion**

**Betr.: Städtebauliche Potenziale der neuen Schnellbahnlinien von S4 und S21
analysieren und vorausschauend entwickeln**

Die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein sowie die Deutsche Bahn AG planen den Bau der S4, der neuen S-Bahn-Linie entlang der Regionalbahnstrecke nach Marienthal, Tonndorf, Rahlstedt, Ahrensburg, Bargteheide und Bad Oldesloe. Die Strecke zwischen Hamburg und Bad Oldesloe ist eine der meistbefahrenen Pendlerstrecken rund um Hamburg. Um den Weg in die Stadt, aber auch nach Schleswig-Holstein zu erleichtern, wird die S4 für zuverlässigere Verbindungen, weniger Umstiege und mehr Komfort gebaut. Gleichzeitig gilt die S4 als Schlüsselprojekt zur gleisseitigen Kapazitätserweiterung des Hamburger Hauptbahnhofs und dient dazu, durch Entlastung der vorhandenen Fernbahnstrecke eine bessere Anbindung für den Personenfern- und den Güterverkehr Richtung Lübeck und Skandinavien zu schaffen. Ende September wurde für den zweiten und damit letzten der drei Planfeststellungsabschnitte die Planfeststellung beantragt. 2020 soll mit dem Bau begonnen werden.

Von besonderer verkehrlicher Bedeutung für die Metropolregion ist die wesentlich bessere Erschließung der Stadtteile und Orte entlang der Strecke mit ihren rund 250.000 Bewohnerinnen und Bewohnern. Denn neben dem Bau von separaten S-Bahn-Gleisen bis Ahrensburg umfasst das Projekt S4 auch den Bau zusätzlicher Haltestellen. Zu den bisherigen Haltestellen Hasselbrook, Tonndorf und Rahlstedt kommen auf Hamburger Gebiet die Haltestellen Wandsbek-Rathaus, Bovestraße (Wandsbek/Marienthal), Holstenhofweg (Wandsbek/Tonndorf/Jenfeld/Marienthal) und Am Pulverhof (Tonndorf/Rahlstedt) hinzu.

Neben der Realisierung der S4 verfolgen die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein als zweites gemeinsames Projekt den Ausbau der bestehenden, rund 30 Kilometer langen Trasse der AKN (Altona-Kaltenkirchen-Neumünster Eisenbahn AG) zwischen Eidelstedt, Quickborn und Kaltenkirchen (Bahnstrecke Hamburg-Altona-Neumünster) für den S-Bahn-Betrieb. Im Siedlungsgebiet entlang der Strecke leben insgesamt über 140.000 Personen, die von einem Ausbau profitieren werden. Diese Trasse soll vollständig zweigleisig ausgebaut und mit einer Oberleitung elektrifiziert werden. Ferner sollen alle Bahnsteige entlang der Strecke auf eine vollzugtaugliche Länge von 140 Metern verlängert und es soll eine neue Station Schnelsen-Süd eingerichtet werden.

Mit der besseren Verkehrserschließung durch zusätzliche Haltestellen und dem dichteren Takt auf S-Bahn-Linien gehen auch große Chancen für die Stadtentwicklung einher. Ganze Stadtgebiete haben auf einmal einen viel näheren Bezug zum Zentrum,

ihre Attraktivität erhöht sich und Wohnungsbaupotenziale werden freigesetzt. Gerade die Strecke der S4 bildet eine der zentralen Entwicklungsachsen der Stadt, die Fritz Schumacher in seinem berühmten „Schema der natürlichen Entwicklung des Organismus Hamburg“ 1921 erkannt und dargestellt hatte.

Die großen städtebaulichen Potenziale für Quartiersentwicklung entlang der zukünftigen S4 und der verlängerten S21 gilt es, zur Schaffung neuer Räume für Wohnen und Gewerbe gemeinsam mit den örtlich zuständigen Bezirken vorausschauend zu entwickeln.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zusammen mit den örtlich zuständigen Bezirksämtern die städtebaulichen und stadtentwicklungspolitischen Potenziale entlang der Strecken der zukünftigen S4 und der verlängerten S21 zu analysieren und ihre weitere Entwicklung vorzubereiten;
2. mit den Umlandgemeinden in der Metropolregion Hamburg den Austausch hinsichtlich von Wohnungsbaupotenzialen entlang der neuen Schnellbahntrassen S4 und S21 sowie Magistralen zu intensivieren; und
3. der Bürgerschaft hierüber bis zum 2. Quartal 2019 zu berichten.